

Editorial

Die Sozialpolitik scheint allenthalben an einem Wendepunkt angelangt. Die traditionellen Modelle des Wohlfahrtsstaats, ob sozialdemokratisch oder konservativ, leiden unter Verknöcherung, die demographische Entwicklung und neuerdings die »Globalisierung« machen ihnen zu schaffen. Quer durch die Parteien in den westlichen Gesellschaften herrscht Einigkeit, daß der Sozialstaat in einer Krise ist und daß Reformbedarf besteht. Im Osten ist mit dem *ancien régime* auch das alte Wohlfahrtssystem zusammengebrochen, der Aufbau eines neuen kann aber – anders als bei Demokratisierung und Privatisierung – nicht mehr schlicht auf westliche Modelle zurückgreifen und unterliegt zudem extrem restriktiven ökonomischen Bedingungen. Neue Ideen werden gebraucht, auf beiden Seiten.

In der aktuellen Debatte über die Zukunft des Wohlfahrtsstaats geht es um mehr als die klassischen Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Interessen; auch nicht nur darum, Fehlentwicklungen zu korrigieren. Es sind die *Voraussetzungen* des Wohlfahrtsstaats, die sich grundlegend geändert haben. Zu ihnen gehören vor allem Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, durch die sich die westlichen Nachkriegsgesellschaften geradezu definierten. Heute haben diese Merkmale ihre Selbstverständlichkeit verloren, die Konstanten der nachindustriellen Gesellschaft scheinen Stagnation und Dauerarbeitslosigkeit zu heißen.

Ist damit der Wohlfahrtsstaat obsolet geworden? Ja, sagen die einen, die lange auf diesen Moment gewartet haben, um endlich *tabula rasa* zu machen. Sie berufen sich auf ökonomische Sachzwänge: Zuviel Staat und zuviel Sicherheit belasten den Standort und lähmen Markt, Initiative und Innovation. Nein, entgegnen die anderen, vielleicht müssen wir den Sozialstaat völlig neu denken und umkrepeln, aber zur Disposition stellen dürfen wir ihn nicht: Er sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt, und die in ihm verkörperte soziale Gerechtigkeit ist ein unveräußerlicher Bestandteil der europäischen Demokratien geworden; von der Zukunft des Wohlfahrtsstaats hängt die Zukunft unserer Demokratie ab.

Jene, die für Demontage plädieren und deren Stimmen nach dem Ende des Kalten Krieges besonders laut geworden sind, scheinen vergessen zu haben, daß der Westen seinen Sieg über den realen Sozialismus nicht zuletzt einer Form von Marktwirtschaft verdankt, die es erlaubt, mehr Wohlstand mit mehr Verteilungsgerechtigkeit zu verbinden. Die Vertei-

diger dieses – hart erkämpften – sozialen Fortschritts sehen sich heute allerdings mit einer ganzen Reihe von Fragen konfrontiert.

Die Beiträge im vorliegenden Heft stellen solche Fragen, oder stellen sich ihnen; und sie versuchen, Antworten zu formulieren – aus ganz verschiedenen Blickwinkeln. Den Hintergrund des Heftes bildet die intensive Diskussion, die sich im Kontext eines 1992 initiierten Forschungsvorhabens über die sozialen Kosten des Übergangs zur Marktwirtschaft in den neuen Demokratien* entwickelt hat. Es war die Dynamik der jüngsten Geschichte und des Gegenstandes selbst, die dieses Vorhaben, an dem Wissenschaftler und Politiker aus ganz Europa und den USA beteiligt sind, rasch auch auf grundsätzlichere, Ost und West gleichermaßen betreffende Probleme der Sozialpolitik stoßen ließ. Das Projekt ist so auch zu einem Ort gemeinsamer Neubestimmung des Wohlfahrtsstaats am vielleicht kritischsten Punkt seiner Geschichte geworden.

Wien, im Oktober 1996

* SOCO – Social Costs of Economic Transformation in Central Europe, Forschungsprojekt des Instituts für die Wissenschaften vom Menschen (IWM), Wien. Wir danken Helen Addison, der Projektkoordinatorin, für ihren Rat und ihre Unterstützung.